

Bericht	Geschäftsbereich	Soziales, Jugend & Integration
	Ressort / Stadtbetrieb	Jobcenter Wuppertal Ressort 201 - Ressort Soziales
	Bearbeiter/in	Thomas Lenz
	Telefon (0202)	74763 800
	Fax (0202)	
	E-Mail	Thomas.lenz@jobcenter-ge.de
	Bearbeiter/in	Uwe Temme
	Telefon (0202)	563 2831
	Fax (0202)	563 8038
	E-Mail	uwe.temme@stadt.wuppertal.de
	Datum:	08.09.2011
	Drucks.-Nr.:	VO/0761/11 öffentlich
Sitzung am Gremium Beschlussqualität 22.09.2011 Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit Entgegennahme o. B.		
Sachstandsbericht zu den Auswirkungen der Kürzungen des Integrationsbudgets des Jobcenters Wuppertal 2012		

Grund der Vorlage

Sachstandsbericht zu den Auswirkungen der Kürzungen des Integrationsbudgets des Jobcenters Wuppertal 2012

Beschlussvorschlag

Der Bericht wird ohne Beschluss entgegen genommen.

Einverständnisse

entfällt

Unterschrift

Dr. Stefan Kühn

Begründung

Sachstandsbericht zu den Auswirkungen der Kürzungen des Integrationsbudgets des Jobcenters Wuppertal 2012

Die Bundesaussgaben für den Bereich Arbeitsmarkt (Arbeitsförderung, Grundsicherung für Arbeitssuchende) wurden im Haushaltsjahr 2011 mit insg. 48,4 Mrd. € veranschlagt. Der starke Rückgang von rund 10,6 Mrd. € gegenüber dem Soll für 2010 beruht nach Angaben der Bundesregierung zum einen auf der erheblich verbesserten konjunkturellen Entwicklung. Zum anderen werden Einsparungen durch Maßnahmen des Zukunftspaketes der Bundesregierung vom 7. Juni 2010 von insgesamt 4 Mrd. € erzielt. Dieses Zukunftspaket sieht weitere Einsparungen in den Folgejahren vor. Im Jahr 2012 soll der Zuschuss der Bundesagentur für Arbeit um weitere 2,5 Mrd. € und in 2013 und 2014 um jeweils 3 Mrd. € abgesenkt werden.

Im Bereich der Leistungen zur Eingliederung in Arbeit und Verwaltungskosten wird aufgrund der günstigen konjunkturellen Entwicklung und eines verstärkten Aufwands auf das Kernziel der Vermittlung in Arbeit konzentrierten Mitteleinsatzes (Einschätzung der Bundesregierung) auf insges. 9,5 Mrd. (einschl. kommunale Träger) abgesenkt. In der mittelfristigen Finanzplanung sind für das Globalbudget in den darauffolgenden Jahren 8,5 Mrd. Euro für 2012 und jeweils 8,0 Mrd. Euro für 2013 und 2014 vorgesehen.

Zur Erreichung des Ziels „verstärkte Vermittlung in Arbeit“ liegt dem Bundesrat ein Gesetzentwurf „zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“ (Drs. Nr. 313/11 vom 27.5.2011) vor, der – sollte er in der vorliegenden Form beschlossen werden – deutliche Auswirkungen auf die Rahmenbedingungen vor Ort haben wird.

Auswirkungen in Wuppertal

Auf Basis des Bundeshaushaltes stellt sich die Entwicklung im Zuständigkeitsbereich des Jobcenters Wuppertal im Personal- und Sachkosten Budget sowie im Integrationsbudget wie folgt dar.

Tabelle Zuteilungen des Eingliederungstitels und der Personal- und Sachkosten

	2008	2009	2010	2011
Eingliederungstitel SGB II in Mio. €	42,224	40,325	44,343	36,011
Personal- und Sachkostenbudget in Mio. €	21,774	24,201	26,629	26,464

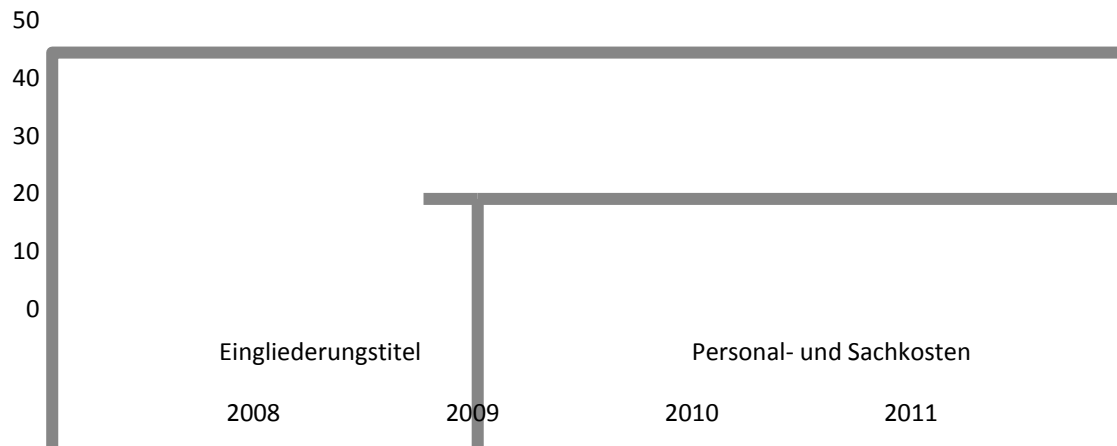
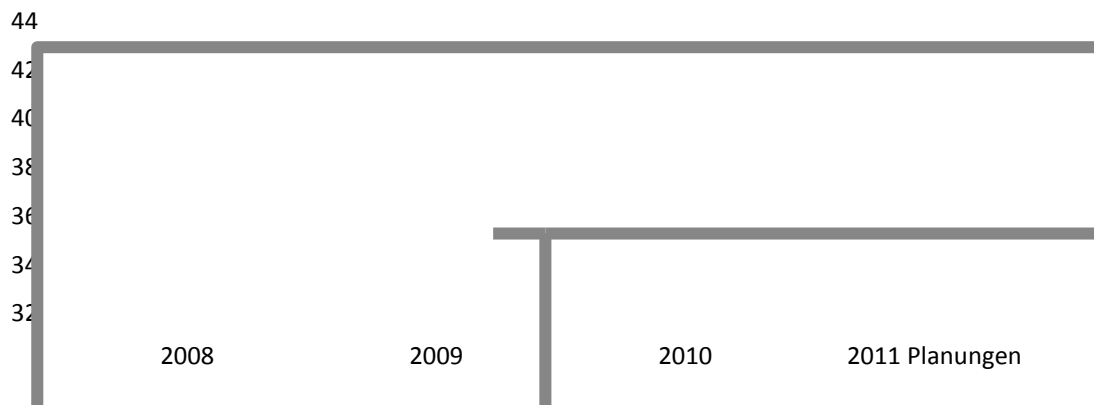


Tabelle Ausgaben aus dem Eingliederungstitel 2008-2011

	2008	2009	2010	2011 Planungen
Ausgaben aus dem Eingliederungstitel SGB II in Mio. €	42,194	40,312	41,739	36,011



Für das Haushaltsjahr 2012 ist auf Basis der mittelfristigen Finanzplanung mit einer weiteren deutlichen Mittelreduzierung im Integrationsbudget zu rechnen. Schätzungen gehen für Wuppertal dann von einem Betrag von nur mehr ca 28 Mio Euro aus.

Die dokumentierte Mittelreduzierung, aber auch die der aktuellen Arbeitsmarktentwicklung angepasste Integrationsstrategie hat in den vergangenen Jahren insgesamt zu einer Reduzierung der angebotenen Maßnahmeplätze geführt. Dieser Trend wird sich in 2012 aufgrund der angekündigten weiteren Mittelreduzierung weiter fortsetzen.

Tabelle Inanspruchnahme von Maßnahmeplätzen

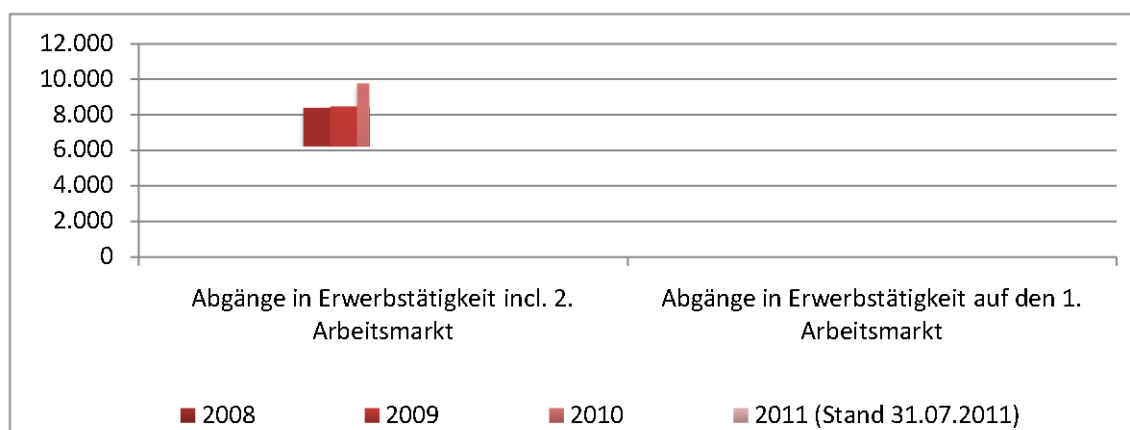
	2008	2009	2010	2011 Planungen
Inanspruchnahme von Maßnahmeplätzen Anzahl Personen	25.545	21.020	20.805	14.355



Parallel zur o.a. Entwicklung verzeichnet das Jobcenter Wuppertal einen deutlichen Anstieg der Integrationen in den 1. Arbeitsmarkt. Für das laufende Jahr wird sich diese Entwicklung fortsetzen

Tabelle Abgänge in Erwerbstätigkeit

	2008	2009	2010	2011 Stand 31.07.11
Abgänge in Erwerbstätigkeit incl. 2. Arbeitsmarkt Anzahl Personen	8.398	8.472	9.770	5.205
Abgänge in Erwerbstätigkeit auf den 1. Arbeitsmarkt Anzahl Personen	5.393	4.631	6.283	3.319



Aufbauend auf diese grundsätzliche Entwicklung hat es in den einzelnen Fördersegmenten nachfolgende Entwicklung gegeben

Maßnahmen	Maßnahmeplanung 2009		Maßnahmeplanung 2010		Maßnahmeplanung 2011	
	Anzahl Plätze	geplantes Budget in €	Anzahl Plätze	geplantes Budget in €	Anzahl Plätze	geplantes Budget in €
Förderung aus dem Vermittlungsbudget	2.950	750.000	2.300	500.000	1.500	360.000
Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung	10.970	9,5 Mio. €	12.100	11,5 Mio. €	5.000	6,1 Mio. €
Vermittlungsgutscheine	70	100.000	80	180.000	100	150.000
Fortbildung und Weiterbildung, Umschulung ▪ Umschulung ▪ Fortbildung	410	1.800.000	100 870	4.200.000	130 840	4.790.000
Beschäftigung begleitende Hilfen ▪ Eingliederungszuschüsse, ▪ Einstiegsgeld	580 150	2.100.000 350.000	540 100	2.100.000 250.000	570 740	2.200.000 1.000.000
Maßnahmen zur Förderung benachteiligter Jugendlicher ▪ außerbetriebliche Ausbildung ▪ Einstiegsqualifizierungen (EQJ) ▪ Ausbildungsbegleitende Hilfen (abH)	90 60 20	1.980.000 130.000 90.000	50 70 30	2.100.000 190.000 70.000	50 80 30	2.000.000 200.000 53.000
Leistungen für Menschen mit Behinderungen	150	1,1 Mio. €	150	1,1 Mio. €	150	800.000
Arbeitsgelegenheiten	7.350	17 Mio. €	6.500	15 Mio. €	4.900	11 Mio. €
Beschäftigungszuschuss ▪ befristet ▪ unbefristet	200	2,0 Mio. €	130 32	2.600.000 160.000	25 90	2.800.000 1.348.000
Freie Förderung			250	2.500.000	150	1.715.000
Gesamt	23.000	37 Mio. €	23.300	41,45 Mio. €	14.355	34,5 Mio. €

Haushaltsbewirtschaftung 2012

Aufgrund der noch nicht festgelegten Rahmenbedingungen auf Bundesebene (Haushalt 2012/Instrumentenreform) kann zum jetzigen Zeitpunkt noch keine abschließende Planung und Beschlussfassung (Arbeitsmarktprogramm 2012) erfolgen, auch vor dem Hintergrund der zum 1.1.2012 vorgesehene Weiterentwicklung des Jobcenters und der damit einhergehende Veränderung der Entscheidungskompetenzen (Verwaltungsrat)

Die geplante Einschränkung bei den Haushaltsmitteln des Bundes macht es aber zur Optimierung des Maßnahmenangebots erforderlich, in allen Fördersegmenten zu Einsparungen in einer Größenordnung zwischen 10% und 20% zu kommen, den individuellen Handlungsbedarfen mit passgenauen und zielgerichteten Maßnahmen zu begegnen und den Einsatz der Produkte zur aktiven Arbeitsförderung an Förderkriterien für einen wirkungsvollen Instrumenteneinsatz zu orientieren. Der Planung liegen daher insbesondere Fragen nach **der Erfolgswahrscheinlichkeit, der Integrationswirkung** und nach der **Wirtschaftlichkeit** einer Maßnahme zugrunde. Die Entscheidung über die Mittelverwendung wird dabei konsequent am Ziel der Grundsicherung für Arbeitsuchende, die Hilfebedürftigkeit der Arbeitsuchenden durch Integration in das Erwerbsleben zu beenden oder zu verringern, ausgerichtet. Da dieses Ziel jedoch nicht allein mit unmittelbar beschäftigungsbezogenen Instrumenten erreicht werden kann, soll gleichermaßen dem „sozialen Auftrag“ der Grundsicherung für Arbeitsuchende – eine existenzsichernde, menschenwürdige soziale Sicherung als wesentliche Grundlage für eine erfolgreiche Arbeitsvermittlung – Rechnung getragen werden.

Zudem ist das Jobcenter bemüht, über die Einwerbung von Drittmittel zusätzliche Kapazitäten zu schaffen. Hierbei gibt es bereits konkrete Planungen zur Beteiligung an Bundes- und Landesprogrammen (z.Bsp. 50plus, Fachkräftesicherung) sowie an Programmen der EU.

Insgesamt hat die in den vergangenen Jahren umgesetzte Reduzierung der Eingliederungsmittel des Bundes, die sich in 2012 fortsetzt, sowie die örtlich nicht zu beeinflussenden Vergaberahmenbedingungen, deutliche Auswirkungen auf die örtliche Trägerstruktur, die teilweise in ihrer Existenz bedroht ist.

Demografie-Check

a) Ergebnis des Demografie-Checks

Ziel 1 – Stadtstrukturen anpassen	0
Ziel 2 – Wanderungsbilanz verbessern	+
Ziel 3 – gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen	+

b) Erläuterungen zum Demografie-Check

./.

Kosten und Finanzierung

./.

Zeitplan